

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— M., für einen Monat 8.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Insertenpreise: Die 7zeilige Kolonelleise oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7zeilige Zeile 2.— M.; Nekrolog-Kolonelleise 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Aufnahme der deutschen Note.

Lloyd George zur Situation.

Der englische Premierminister hat sich erneut über den Stand der Reparationsfrage sowie über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten geäußert, in die England durch die finanzielle Entwicklung in Deutschland gelangt sei. Er empfing am Mittwoch eine Abordnung des Volksgesandtschaftsausschusses der Arbeiterpartei, des Generalrats des Gewerkschaftskongresses und der parlamentarischen Arbeiterpartei, die ihm die Entscheidungen der letzten Arbeiterkonferenz hinsichtlich des Problems der Erwerbslosigkeit und seiner Beziehungen zur internationalen Lage unterbreitete und sie beauftragte. Darüber wird von WTB. berichtet:

Nach einer Ansprache von Clynnes erinnerte Lloyd George zunächst daran, daß Brian nächste Woche auf seine Einladung nach London komme, um mit ihm die wirtschaftliche Lage zu erörtern. Lloyd George sagte weiter, das deutsche Volk lebe unter einer Verlängerung der ungesunden Verhältnisse des Krieges. Rathenau habe ihm in der letzten Woche gesagt, daß in Deutschland binnen sehr kurzer Zeit ein unbedingter Zusammenbruch erfolgen müsse, wenn die Dinge so weiter gingen. Lloyd George wies auf die ungeheure Vermehrung des deutschen Papiergelds und die ungesunden Verhältnisse der Produktion hin. Die große Inflation der Mark habe zu einer allgemeinen Nachfrage nach Ware geführt, da jedermann die in seinem Besitz befindlichen Papiermark los sein wolle, bevor ihr Wert weiter gelutet sei. Ungesunde Verhältnisse dieser Art rächen sich immer. Lloyd George forderte die Arbeitervertretung auf, bei ihren Vorschlägen zu bedenken, ob nicht durch ihre Befolgung ähnliche Zustände in England hervorgerufen werden könnten. Er könne die Verantwortung für solche Schritte nicht übernehmen. Die Besserung würde dann vielleicht zwei oder drei Jahre beanspruchen. Aber zum Schluß würde die Zahl der Erwerbslosen in England auf fünf oder sechs Millionen geliegen sein und der Wert des verdienten Geldes würde sich ungeheuer vermindert haben.

Zur Reparationsfrage erklärte Lloyd George, es handle sich nur um die Bezahlung der Wiederaufbaukosten der zerstörten Gebiete und die Bezahlung der Kriegspensionen. Darüber hinaus werde nichts gefordert. Deutschland habe bisher noch nicht einmal begonnen, für die verwüsteten Gebiete zu zahlen. Es habe nur teilweise für die Bezahlungsarmee bezahlt. Lloyd George fragte, ob England wirklich darauf verzichten sollte, daß Deutschland für den angerichteten Schaden bezahle. England habe auf andere Weise Verluste erlitten, wenn es auch keine verwüsteten Gebiete habe. Er glaube nicht, daß irgendeine verantwortliche Person in England vorschläge, daß man auf den Schadenersatz verzichten soll.

Dr. Wirth über das Reparationsproblem.

Im Hauptausschuß des Reichstages nahm am Freitag der Reichszankler Dr. Wirth das Wort, um zu der Note an die Reparationskommission und die durch sie geschaffene Lage Stellung zu nehmen. Der Reichszankler führte u. a. aus:

Jeder, der die Note liest, die von Deutschland an die Reparationskommission gerichtet worden ist, sei es in Deutschland, sei es im Auslande, wird sich bewußt sein, daß die deutsche Regierung damit einen politisch sehr bedeutsamen Schritt getan hat. Niemand in der Welt hat Anlaß, an unserm festen und guten Willen zu zweifeln. Was wir tun konnten, um unsern Verpflichtungen nachzukommen, haben wir getan. Auch für die erste Milliarde mußten wir den Weg des Kredits beschreiten. Wir haben Verpflichtungen im Januar und Februar in der Ihnen bekannten Höhe zu erfüllen. Diese Verpflichtungen können nur zum Teil durch Sachleistungen erfüllt werden. Es hat sich herausgestellt, daß diese Verpflichtungen aus den laufenden Einnahmen nicht erfüllt werden können. Wir haben verschiedene Mahnungen gekört, insbesondere bei der Anwesenheit der Reparationskommission in Berlin, die uns zunächst mündlich aufgefordert hat, alles zu versuchen, um die Januar- und Februar-Verpflichtungen zu erfüllen.

Der Reichszankler zitiert seinen Brief an die Reparationskommission vom 13. Dezember 1921 und fährt fort:

In der Note, die wir gestern haben in Paris überreicht, befindet sich die wichtigste Uebersetzung dessen, was wir von England gehört haben. Durch den Herrn Präsidenten der Deutschen Reichsbank, der in meinem Auftrage und meinem Namen gehandelt hat, haben wir die englische Antwort bekommen: Deutschland kann keinen Kredit bekommen, und zwar solange es unter den Bedingungen steht, die zur Zeit die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands nach dem Londoner Ultimatum regeln.

Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß nicht mehr die Kreditfrage allein in den Vordergrund geschoben werden kann, daß auch nicht die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen vom Januar und Februar die Welt von den unermeßlichen Leiden heilen kann, die zur Zeit als ökonomische Krise die ganze Welt durchziehen, sondern daß schon allein durch das Kreditbegehren der deutschen Regierung für die Januar- und Februarzahlungen das Reparationsproblem als Ganzes erneut aufgeworfen ist, und daß es nur nach einer Prüfung und Nachprüfung dieser Bedingungen überhaupt einen Sinn hat, wenn Deutschland einen Kredit in der Welt bekommen kann.

Die Sinnlosigkeit der Kreditgewährung unter den bisherigen Zahlungsverpflichtungen ist von der Gegenseite selbst zum Ausdruck gebracht worden. Wer nun außenpolitisch irgendwie glaubt, daß der Tag der Erkenntnis, der gekommen ist, für die Welt auszuwirken sei, der möge mit der Regierung dafür sorgen:

- 1. daß wir unsre Staats möglichst rasch verabschieden;

2. daß es sich in den Kommissionen, die sich mit der Frage der großen Reichsverwaltungen, Post und Eisenbahnen, zu befassen haben, nicht mehr darum handeln kann, diese oder jene Anforderung, etwa die Postgebühren, um einige hundert Millionen herabzusetzen.

Wir sehen mit großer Spannung den Besprechungen der alliierten Staatsmänner entgegen. Wir wollen diesen Besprechungen nicht vorgreifen, vor allen Dingen nicht durch eine überstürzte Polemik.

Die Antwort auf die deutsche Note.

Paris, 17. Dezember. (U.) Der Wiedergutmachungsausschuß ist am Freitag nachmittag zusammengetreten, um die durch die deutsche Note geschaffene Lage zu besprechen und den Wortlaut der Antwort festzusetzen.

Keine Regierungskrise.

Berlin, 17. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In den Wandelgängen des Reichstages wurde gestern vielfach von einer neuen Regierungskrise gesprochen, die durch heftige Angriffe rechtsgerichteter Politiker gegen das Kabinett Wirth in der verfassungsgemäßen vertraulichen Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten heraufbeschworen sei.

Diese Auffassung der politischen Situation ist sicher falsch. Richtig ist nur, daß die Deutschnationalen und jene schmerzinduzierten Stellen, deren Gegnerschaft gegen die derzeitige Regierung bekannt ist, die Abwendung der bekannten Note an die Reparationskommission für eine günstige Gelegenheit halten, es mit einer Beilegung Wirths zu versuchen. Sollte ihnen das einstweilen nicht gelingen, so würden sie sich auch einstweilen mit der Verhinderung des Wiedereintritts von Rathenau in das Kabinett zufriedengeben.

Ihre Beweisführung ist die folgende. Indem das Kabinett sich auferhebend erkläre, die Januarrate auszuführen, zeigt es, daß seine ganze „Erfüllungspolitik“ falsch war. Es hat also Gasco gemacht und auch kapituliert und es laugt nicht zur Führung der jetzt etwa notwendig werdenden Verhandlungen. Damit wird unterstellt, daß Wirth nicht nur den Willen zu einer möglichst weitgehenden Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Ultimatum bekennt, sondern auch versprochen habe, alles Geforderte zu leisten. Daß das eine bewußte Entstellung ist, liegt auf der Hand. In Wirklichkeit fürchten die Deutschnationalen und die ins Parlament verschlagenen Vertreter der Großindustrie, es könne sich jetzt herausstellen, daß der begonnene Versuch der Erfüllung jetzt die Wirkung habe, die Entente zu einer Aenderung des Zahlungsplanes zu veranlassen. Diesen Erfolg, der gleichzeitig die Zeitlichkeit ihrer eigenen Politik dazumwürfe, wollen sie der Regierung nicht gönnen und so versuchen sie, ihr das Genick zu brechen, bevor die Keime, die sich heute zeigen, zur Frucht herangereift sind. Ihr Beginnen hat aber einstweilen um so weniger Aussicht, als das Kabinett, wie es scheint, entschlossen ist, allen Treibereien hinter den Kulissen Trost zu bieten und die Entscheidung über sein Schicksal aus dem Munde des Parlaments entgegenzunehmen.

Diesen Auffassungen gegenüber hält sich, wie von der N. Z. bestätigt wird, das Gerücht aufrecht, daß in einzelnen Ministerressorts Veränderungen bevorstehen. Wir melden bereits von dem Wiedereintritt Rathenaus in das Reichskabinett. In Verbindung mit einer Neubesehung des Finanzministeriums wird der Leiter der Volkischen Zeitung, Georg Bernhard, in Verbindung gebracht.

Neue Plünderungen in Berlin.

Berlin, 17. Dezember. Am Freitag ist es zu neuen Plünderungen im Zentrum Berlins gekommen, an denen meist junge Frauen und Mädchen beteiligt waren. Es wurden mehrere Kleidergeschäfte beraubt.

Nach Meldungen bürgerlicher Blätter wurden etwa 15 Plünderer verhaftet. Als die Beamten feststellten, daß die Plünderer sich in der Neuen Söhnhauser Straße im Café Dalkes, dem Verkehrslokal von allerhand lichtsinnigem Gesindel, sammelten, wurde die Schutzpolizei von neuem alarmiert. Die Wirtschaft wurde umstellt und ausgeschoben; mehr als 100 Gäste wurden dem Polizeipräsidium zur Vernehmung zugeführt.

Annahme des Irland-Abkommens durch die englischen Parlamente.

London, 17. Dezember. (U.) Im Unterhause wurden die von der britischen Regierung mit den Sinnfeinern getroffenen Vereinbarungen mit 401 gegen 58 Stimmen angenommen. — Im Hause der Lords wurden 166 Stimmen für und 47 Stimmen gegen das Abkommen abgegeben.

Ulsters Befürchtungen.

London, 17. Dezember. (U.) Craig ist in London angekommen, um bei der britischen Regierung erneut gegen die Grenzregulierungskommission zu protestieren. Ulster befürchtet, daß die protestantischen Gemeinden, die in den katholischen Distrikten Ulsters an der Sinnfeiner-Grenze liegen, Südirland zugeeilt werden könnten. Lloyd George und Chamberlain haben im Unterhause beruhigende Versicherungen in dieser Beziehung abgegeben.

Wendung in der Reparationsfrage.

Mit der Note der deutschen Regierung ist die Frage der Reparationen in den Mittelpunkt der Weltwirtschaftsprobleme gestellt worden. Die Reparationskommission hatte anlässlich ihres Besuchs in Berlin erklärt, daß ungeachtet der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands die Summen für die kommenden beiden Reparationsquoten im Januar und Februar nächsten Jahres auszubringen habe. Sie konnte sich den Schwierigkeiten der Situation in Deutschland nicht verschließen, sie mußte die Gefahren anerkennen, die die fortwährende Inflation unserer Valuta naturnotwendig nach sich führen mußte und erklärte darum, daß, wenn es nicht anders möglich sei, auf dem Wege eines internationalen Kredits die übrigen Restsummen für die Bezahlung der Januar- und Februarraten auszubringen seien. Die deutsche Regierung hat in dem Willen, zu erfüllen, was möglich ist, alles getan, um in England einen diesbezüglichen Kredit langfristiger oder kurzfristiger Natur zu bekommen. Rathenau hat mit dem englischen Premierminister Lloyd George die wirtschaftliche Lage Deutschlands durchgesprochen, der Präsident der Reichsbank ist persönlich nach London gereist, um das Schwerkgewicht seiner Stellung als führender Mann der Reichsbank in die Waagschale zu werfen. Auch Havenstein bekam eine ablehnende Antwort, die englische Hochfinanz erklärte, daß Deutschland durch den Druck der Reparationslasten, durch das Ultimatum von London kreditunfähig geworden sei.

Die englischen Bankiers haben zweifellos in Uebereinstimmung mit der Regierung ihre Antwort erteilt und damit erklärt, daß die Lösung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Londoner Ultimatus unmöglich sei. Dieses Eingeständnis schafft eine vollkommen veränderte Situation insofern, als nunmehr einer der Garanten des Diktats von London erklärte, die Durchführung bescheitert sei aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen heraus eine Unmöglichkeit.

Die Haltung unserer Partei zu dieser Frage, die letzten Endes bestimmt war für die ganze auswärtige Politik, soweit sie die Reparationsangelegenheiten betraf, ist damit glänzend gerechtfertigt. Nach einem halben Jahre bereits haben wir das Eingeständnis unserer Gegner, daß die Durchführung der Londoner Bestimmungen eine Unmöglichkeit sei, wenn nicht, wie Lloyd George in seiner jüngsten Rede gegenüber Vertretern der englischen Arbeiterorganisationen erklärte, in England binnen kurzem ein ebensolcher Zusammenbruch erfolgen soll, wie er in Deutschland nunmehr eingetreten sei. Die englische Regierung hätte damit zu rechnen, daß bei der Fortführung der bisherigen Reparationspolitik England binnen kurzem ein Arbeitslosenheer von 5-6 Millionen bekommen werde. Dieser Entwicklung versucht die englische Regierung mit aller Energie entgegenzutreten. Nachdem die irische Frage unmittelbar vor der Lösung steht — es fehlt noch die Ratifikation durch das irische Parlament —, hat Lloyd George seine ganze Aufmerksamkeit diesem wichtigsten weltwirtschaftlichen Problem zugewandt und erklärt, daß die Regelung der Reparationsfragen nicht mehr allein, noch weniger durch ein Diktat von Seiten Englands und Frankreichs gegenüber Deutschland gelöst werden könne. Es müßten andere Möglichkeiten gesucht werden, um die Verpflichtungen gegenüber dem Wiederaufbau in Frankreich zu erfüllen, die wir heute noch ebenso anerkennen, wie in den Tagen der Verhandlungen über den Waffenstillstand. Nur müssen eben die Voraussetzungen dazu geschaffen werden und diese sind nicht gegeben auf Grund der Bestimmungen, wie sie seinerzeit in London getroffen wurden.

Lloyd George allein ist naturgemäß nicht in der Lage, die Lösung dieses Rätsels zu finden, da dieselbe abhängt insbesondere von der Stellungnahme Briands. Es ist indes mit einiger Bestimmtheit zu erwarten, daß wir der Lösung des Problems in den nächsten Tagen näherkommen werden, wenn Lloyd George und Briand in London diese wichtigste Angelegenheit des ganzen europäischen Kontinents einer abermaligen Besprechung unterziehen werden. Es ist zu erwarten, daß Briand unter dem Druck der nunmehr geschaffenen Verhältnisse von seinem bisher intransigenten Standpunkt abweichen wird, um so mehr, da die Aufnahme der deutschen Note in Frankreich durchaus nicht mehr die Stimmung erzeugte, die sonst bei ähnlichen Angelegenheiten in den Kreisen der französischen Nationalisten zum Ausdruck gelangte. So schreibt beispielsweise der Temps:

Die deutsche Note sei ohne Erregung zu prüfen, wie es bei wichtigen Gelegenheiten Gebrauch sei. Es komme nicht darauf an, viel Worte zu machen oder mit juristischen Klänseln zu operieren, sondern die Angaben von Deutschland zu prüfen. Frankreich könne diese Prüfung von einer höheren Warte aus vornehmen, denn es würde von den Zahlungen, die jetzt in Rest bleiben, doch nichts erhalten haben.

Noch charakteristischer ist eine Neußerung Gustave Serués in der Victoire, indem er erklärt:

Vor zwei oder drei Monaten wäre bei einer solchen Note in Frankreich alles in die Luft gegangen. Man hätte erklärt, es sei offenkundig, daß Deutschland sich über die Franzosen lustig mache, und daß ohne Zögern das Ruhegebiet besetzt werden müsse. Allem Anschein nach sei die deutsche Note nur der Prolog zu dem großen